

Neue Zürcher Zeitung

Ein Erfolg Putins in der Ukraine wäre verheerend. Es würde eine brandgefährliche Situation entstehen

Russlands Angriff auf ein souveränes Land hat viele überrascht. Umso energischer muss nun die Ukraine in ihrem Kampf unterstützt werden. Die grosse politische Herausforderung aber kommt erst danach.

Kaspar Villiger

62 Kommentare →

11.05.2022, 05.30 Uhr



Mehr denn je braucht die Ukraine jede Art von Unterstützung durch den Westen. Am 28. April besuchte der Uno-Generalsekretär António Guterres (links) Kiew und traf mit Präsident Wolodimir Selenski zusammen.

Ukraine Presidency / Imago

Am 24. Februar dieses Jahres überfiel ein Land, das bloss 1,8 Prozent der

Weltbevölkerung umfasst, ein anderes Land mit nur 0,5 Prozent der Weltbevölkerung. Man hätte meinen können, das sei ein Ereignis von schlimmstenfalls regionaler Bedeutung und brauche die übrigen 97,7 Prozent der Weltbevölkerung nicht sonderlich zu beunruhigen. Doch weit gefehlt! Sozusagen über Nacht leben wir in einer neuen Welt, an deren Horizont gar das Menetekel eines Nuklearschlags erscheint. Wie kann solches so plötzlich und unerwartet geschehen?

Es gibt offensichtlich Schlüsselereignisse, die niemand vorhergesehen hat und die von einem Tag auf den anderen alles verändern. Kaum aber sind sie geschehen, werden uns grell alle Zeichen bewusst, die uns hätten warnen sollen, und jene sind plötzlich Legion, die es haben kommen sehen. Ich bekenne mich schuldig: Ich gehöre nicht dazu. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass solches im 21. Jahrhundert noch möglich ist, obwohl natürlich auch mir nicht verborgen geblieben war, dass die Euphorie von Fukuyamas Ende der Geschichte schon lange am Verblassen war.

Aber völlig falsch lag Fukuyama trotzdem nicht. Vieles wandte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion zum Guten. Ich konnte als Chairman einer interessanten Ländergruppe beim Internationalen Währungsfonds hautnah verfolgen, wie sich das Mitgliedsland Polen durch mutige und konsequente marktwirtschaftliche Reformen erstaunlich rasch vom mausarmen Agrarland zum vielversprechenden Schwellenland entwickelte.

Ähnlich eindrücklich veränderten derartige Reformen die Türkei. Chinas atemberaubender Erfolg durch die Einführung marktwirtschaftlicher Reformen schien das Rezept «Wandel durch Handel» zu bestätigen. Der Arabische Frühling liess die Erwartung aufkeimen, dass es einer demokratiehungrigen Jugend auch in schwierigen Ländern gelingen könnte, zu neuen, besseren Ufern aufzubrechen. Allenthalben lag Hoffnung in der Luft.

Der Westen liess sich täuschen

Jetzt, im Rückblick, erinnere ich mich an Signale zuhauf, die hätten warnen können. Schon bei meinem Besuch 1989 in der Sowjetunion fiel mir – obwohl noch geblendet von der Glasnost-Verheissung – bei unseren Gesprächen auf, dass davon nichts in die Gehirne der Generalität gedrungen war. So mokierte sich beispielsweise der Verteidigungsminister unverblümt über die «lächerlichen Bomben Margaret Thatchers» im Vergleich zu seinen Raketen.

Der erwähnten Ländergruppe gehörte nicht nur Polen an, sondern auch eine Gruppe zentralasiatischer Staaten, die von ehemaligen Sowjetfunktionären autokratisch und reformresistent mit harter Hand regiert wurden und die bis heute kaum Fortschritte erzielten. In der Türkei macht ein Autokrat die erreichten spektakulären Fortschritte wieder systematisch zunichte. Putin signalisierte während Jahren durch Handeln und Reden sehr deutlich, dass sein heutiges Gebaren eigentlich hätte erwartet werden können.

Xi Jinping, der schon 2013 in einem politischen Papier westliche demokratische Werte und Prinzipien zu Feindbildern erklärt hatte, machte die von seinen Vorgängern eingeleiteten erfolgreichen Reformen rückgängig. Und in fast allen Staaten, in denen hoffnungsvolle Frühlinglüfte korrupte und unfähige autoritäre Regime weggefegt hatten, entstanden neue korrupte und unfähige autoritäre Regime.

Warum nur haben wir die positiven Signale über- und die negativen unterbewertet? Dafür gibt es zwei wichtige Erklärungen. Erstens sind Systeme wie die Weltpolitik und die Weltwirtschaft derart komplex, vernetzt und mit Rückkoppelungsschleifen durchsetzt, dass kleine Schocks Reaktionen auslösen können, die auch bei sorgfältigster und umfassendster Analyse nicht vorhergesehen werden. Es gibt, wie der Fachausdruck lautet, auch eine objektive Unwissenheit.

Zweitens ist unser Gehirn mit seinen 1,3 Kilogramm Substanz zwar ein Wunderwerk, aber es hat die perfide Eigenschaft, unsere Wahrnehmungen

immer wieder zu verzerren. So neigen viele von uns zu einem exzessiven Optimismus. Wir glauben oft, dass sich Trends immer in der gleichen Richtung fortsetzen. Was unsere Vorurteile bestätigt, gewichten wir höher als das, was sie widerlegt. Wir neigen dazu, uns Gruppenmeinungen anzuschliessen, auch wenn sie falsch sind. Alles das hat zur kollektiven Fehlbeurteilung des Verhaltens Russlands in den letzten Jahren beigetragen. Seit ich mich intensiv mit diesen Zusammenhängen befasse, glaube ich mir selber auch nicht mehr alles.

Demokratien haben an Vorbildwirkung verloren

Wer schon den heutigen Zustand der Welt nicht hat vorhersagen können, tut gut daran, die Einschätzung der Zukunft vorsichtig anzugehen. Es empfiehlt sich, statt mit Prognosen mit alternativen Zukunftsmöglichkeiten zu arbeiten. Es sei mir gestattet, trotzdem einige Trends zu skizzieren. Dabei gilt es, zunächst ein paar unangenehme Fakten festzuhalten: Der von Fukuyama angekündigte Siegeszug der Demokratie hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Die Demokratie ist auf dem Rückzug.

Einerseits sind zahlreiche Demokratien – von Griechenland oder Italien über Ungarn oder Polen bis zu den USA – durch politische Fehler in mehr oder weniger grosse Probleme geraten. Der Politologe Manfred Schmidt spricht von der strukturellen Überforderung der Demokratie. Andererseits hat China gezeigt, dass Kapitalismus und Marktwirtschaft auch autokratischen Systemen eine erfolgreiche Entwicklung ermöglichen. Es ist die Ironie der Geschichte, dass erst der Kapitalismus den Kommunismus erfolgswähig machen konnte.

Das alles hat dazu geführt, dass die Demokratie an Vorbildwirkung verloren hat und für defekte und taumelnde Demokratien plötzlich die Autokratie als erstrebenswert erscheint. Das zunehmende Gewicht der Autokratien, die auf so mühsam zu erringende Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaat pfeifen, widerspiegelt sich zunehmend auch in den internationalen Organisationen. Macht zulasten von Völkerrecht gewinnt wieder an Bedeutung.

Das bedeutet, dass wir unvermittelt in eine epochale und schicksalhafte Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autokratie geraten sind. Ein Erfolg des Angriffs auf die Ukraine hätte das Potenzial, die Welt zum Schlimmeren zu verändern. Er würde Putins Eroberungsappetit nicht etwa stillen, sondern vergrössern, und er könnte so interpretiert werden, dass der Westen weder willens noch fähig sei, souveräne demokratische Staaten vor dem Untergang zu bewahren. Die Amerikaner haben das erkannt und sind damit einmal mehr die einzige wirklich einsatzfähige demokratische Ordnungsmacht.

Wir müssen uns mit der alten Erkenntnis wieder anfreunden, wonach technologische Überlegenheit, Herrschaft des Rechts und wirtschaftliche Stärke nicht genügen, um die globale Überlebenskraft der Demokratien zu sichern. Sie bedürfen des wirksamen Schutzes durch konkrete Machtmittel, Armeen eben. Diesen Schutz werden die Europäer und demokratischen Asiaten nicht auf Dauer den Amerikanern überlassen können.

Die Welt ordnet sich neu

Dazu kommen zwei weitere Erkenntnisse. Die Hoffnung, die Demokratien seien in der Lage, die ganze Welt für ihre Werte zu gewinnen und mit Zuckerbrot und Peitsche instabile Autokratien gegen den Willen ihrer Eliten zu demokratisieren, hat sich als Illusion erwiesen. Deshalb werden sich erstens die Demokratien damit bescheiden müssen, demokratische Kräfte vor allem dort zu unterstützen, wo es Ansätze zum Gelingen gibt und wo einigermaßen funktionsfähige Institutionen existieren, auf die sich die Demokratie abstützen kann. Zweitens und wichtiger: Die Demokratien müssen wieder zu Vorbildern werden, die man imitieren will.

Das alles führt zu einer Art komplexen Dreiteilung der Welt in die Segmente Demokratien, Autokratien und eine Zwischenlage von taumelnden und instabilen Hybriden. Das wird heute noch unklare, aber möglicherweise tiefgreifende Folgen für viele Lebensbereiche haben: gegenseitig abgeschottete Welthandelsräume, ständig gefährdete Lieferketten, asymmetrische

Rohstoffverteilung, permanente machtpolitische Spannungen, segmentübergreifende Umweltprobleme.

Weil die völlige wirtschaftliche Integration über die drei Segmente hinweg sehr unwahrscheinlich geworden ist, werden sich politisch und wirtschaftlich getrennte Räume bilden, die irgendwie eine einigermaßen friedliche Koexistenz entwickeln müssen. Es wird aber auch Methoden der Zusammenarbeit geben in Bereichen, die nur gemeinsam bewältigt werden können, wie zum Beispiel der Klimaschutz. Es kommen also interessante Zeiten auf die Menschheit zu, aber auch gefährliche.

Putins Drohung mit taktischen Atomwaffen hat ein neues gigantisches Risikopotenzial geschaffen. Wenn der Westen aus Angst davor Putin siegen liesse, wie das einige Intellektuelle fordern, würde er diese Angst für weitere Feldzüge zu nutzen wissen. Aber das wäre nicht alles. Andere Staaten würden erkennen, dass nur Atomwaffen sie vor Attacken wie in der Ukraine zu schützen vermögen oder eigene Angriffe zum Erfolg führen können. Das würde andere Atomkräfte möglicherweise dazu verführen, ihrerseits ihr Drohpotenzial einzusetzen, und – wohl global noch folgenreicher – atomwaffenfreie Staaten dazu ermuntern, ihrerseits Atomwaffen zu beschaffen. Damit würde die Welt zunehmend zum instabilen Pulverfass.

Es ist deshalb wichtig, Putins Drohungen zu widerstehen. Aber das kann nur gelingen, wenn er weiss, dass er – sollte er dieses Tabu brechen – selber einen enormen Preis zahlen müsste. Was aber jetzt schon klar ist: Sogar ein Sieg würde Putins Land in eine lange Periode des Niedergangs führen.

Kaspar Villiger ist Altbundesrat. Er gehörte von 1989 bis 2003 der Schweizer Regierung an.

62 Kommentare

J. L. vor 11 Tagen

Eine sehr treffende Analyse. Zu betonen gilt: Es ist der demokratischen Westen selber, der Diktatoren ermuntert, Demokratien anzugreifen. Der Bau von Nord Stream 2 nach der Eroberung der Krim und die deutsche naive Haltung, keine Waffen in ein "Kriegsgebiet" zu liefern, haben Putin signalisiert, dass ein Angriff auf die friedliche Ukraine möglich erscheint. Er konnte damit rechnen, dass der Westen aus wirtschaftlichen Gründen weder Sanktionen ergreifen, noch Waffen liefern würde. Ähnlich verhält es sich mit China: Der Westen macht sich aus lauter Geldgier selber wirtschaftlich Abhängig von China, dessen Diktator Xi Jinping daraus auch den Schluss zieht, der Westen würde keine Sanktionen ergreifen! Dabei wäre es auch volkswirtschaftlich und auch bezogen aufs Klima besser, wir würden unsere Produkte in Europa herstellen lassen!

37 Empfehlungen

Horst Kruse vor 11 Tagen

Ich teile die Einschätzung von Hr. Villiger in zweierlei Hinsicht nicht. Erstens, ein Erfolg Putins wäre nicht verheerend, sondern ein nuklearer Weltkrieg wäre verheerend. Die Gefahr des nuklearen Krieges, d. h. der Auslöschung aller Zivilisation, ist derzeit so gross, wie noch nie. Diese Gefahr wird kleiner sein, nachdem Putin gewonnen, oder aber verloren haben wird. Doch am grössten wird die Gefahr sein, wenn Putin erkennt, dass er endgültig verlieren wird. Dann könnte er sich für den Weltuntergang entscheiden und auf den berüchtigten, roten Knopf drücken. Zweitens, die Gefahr für Freiheit und Demokratie kommt immer von innen, nie von aussen. Die Gesellschaften in den westlichen Demokratien sind der Demokratie zusehends überdrüssig. China wird lange schon und häufig als politisches Vorbild genannt - ein brutale und totalitärer Staat. Undemokratisches Gebaren ist en vogue: In Deutschland musste ein Landesminister zurücktreten, weil er von den falschen Wählern gewählt wurde und der Schweiz wurden Volksentscheide ignoriert, weil sie von der falschen Partei initiiert wurden. Die individuelle Freiheit, das Fundament der Demokratie schlechthin, zählt nurmehr wenig. Die Pandemie legte das brüsk offen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf Gesundheit (gem. Definition WHO) wurde weitgehend ignoriert. Andersdenkende wurden schlimm diffamiert. Das schlimme daran: die Mehrheit findet solche totalitären Ansätze gut. Ja, die Demokratie ist in Gefahr, aber das liegt an uns.

35 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen